

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 57 (1963)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Weltrundschau : Gefahr für China ; Und die Russen? ; Entspannung? ; Erhard und Home ; Der Umschwung in Südvietnam ; Algeriens doppelter Kampf  
**Autor:** Kramer, Hugo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-140827>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

kehrnetzes forderte. Darüber hinaus stellt sich jedoch die Frage des gesellschaftlichen Kurses überhaupt: Dürfen die Interessen der Autoindustrie und ihrer Kundschaft Vorrang haben vor den Erfordernissen der Bildungsinstitutionen, Wohnungen, Krankenhäuser usw.? Darauf haben die Rezepte der Freien Marktwirtschaft, bei uns ebenso wenig wie in den USA, bisher keine befriedigende Antwort gegeben. Vom Himmel interessenbedingten Geflunkers müssen wir auf den Boden der Sachlichkeit hinuntersteigen und den Zweck-Rednern zum Trotz betonen: Die Auto-Freiheit ist nicht die Freiheit. Sie könnte sogar, wenn man nicht sehr auf der Hut ist, ihr Gegenteil sein.

Jan Werk

Aus «Blätter für deutsche und internationale Politik»

## WELTRUNDSCHAU

**Gefahr für China** Was ist wohl das wichtigste weltpolitische Ereignis der letzten vier Wochen? Nach meinem Urteil nicht die Regierungsumbildung in Westdeutschland und England, auch nicht der jetzt beendigte Grenzkrieg zwischen Marokko und Algerien, der Sturz des Regimes Diem in Südvietnam oder sonst ein ähnliches Vorkommnis, das — wie die jüngsten Zwischenfälle auf der Straße nach Westberlin — ein paar Tage lang die Neuigkeitsseiten der Zeitungen beherrscht hat. Auf weite Sicht ist, wie ich überzeugt bin, ungleich wichtiger der erneute Beschluß der Generalversammlung der *Vereinten Nationen*, die *Chinesische Volksrepublik* nicht in diese angebliche Weltorganisation für Frieden und Freiheit aufzunehmen. Davon ist in der internationalen Presse freilich meist nur im Vorübergehen die Rede gewesen — und doch droht die Politik, die hinter diesem Beschluß steht, unabsehbar weittragende Folgen nach sich zu ziehen.

An Warnungen vor ihrer Fortsetzung hat es immerhin nicht gefehlt. Auch die immer noch einflußreiche Londoner «Times» schrieb: «Man sollte nicht zufrieden sein mit dieser Art, wie die chinesischen Kommunisten trotz allen den Abstimmenden bekannten Tatsachen draußengehalten werden. China ist die einzige große Macht, von der man weiß, daß sie an eigenen Atomwaffen arbeitet und sie technisch zum Abschluß bringen kann... Soll dieses Land vom Mittelpunkt der Friedensbemühungen der Welt ausgeschlossen sein, bis jener ‚erfolgreiche Abschluß‘ erreicht ist?» Sogar die «Times» von Neuyork findet, die Lage, in der seinerzeit — im Zusammenhang mit dem Koreakrieg — die Brandmarkung Chinas als eines Angreiferstaates erfolgt sei, lasse sich mit der heutigen Weltlage nicht vergleichen, und

tritt für eine Neuüberprüfung des Verhältnisses Chinas zur UNO ein — unter der Bedingung freilich, daß Taiwan (Formosa), der Kleinstaat Tschiang Kai-scheks, «selbstverständlich» weiterhin als unabhängiges Land anerkannt bleiben müsse. Auch Präsident de Gaulle will Taiwan in der UNO behalten wissen, obwohl er in auffälliger Art die mehr oder weniger privaten Bemühungen begünstigt, Frankreich in engere wirtschaftliche und politische Verbindung mit der Pekinger Republik zu bringen, die auf eine Anerkennung Taiwans als eigener Staat natürlich niemals eintreten wird.

China bleibt also — seit in westmächtlicher Sicht die «russische Gefahr» etwas zurückgetreten ist — weiterhin international geächtet und als Friedensfeind Nummer 1 erklärt. Dies namentlich auch darum, weil von Moskau aus, in demagogischer Entstellung der wirklichen Haltung Chinas, unermüdlich die Behauptung verbreitet wird, die chinesischen Kommunisten spekulierten auf einen Atomkrieg, der die kapitalistische Welt zerstören und mit seinen Schutthaufen die sicherste Grundlage bilden werde, um die sozialistische Welt der Zukunft aufzubauen.\* Und in dieser Sachlage liegt nun eben die große Gefahr. China ist ja tatsächlich daran, sich eine eigene atomare Streitkraft zuzulegen für den Fall, daß es von den zu seiner Vernichtung entschlossenen Mächten — voran den Vereinigten Staaten — angegriffen werden sollte. Es wird zwar noch manches Jahr gehen, bis China eine «richtige» Atommacht sein wird, auch wenn es einmal seine selbstverfertigte Bombe haben wird. Aber was wird die *erste* Atommacht der Welt inzwischen tun — die Vereinigten Staaten, die nicht gezögert haben, im Zweiten Weltkrieg Japan mit zwei kleinen Atombomben knockout zu schlagen? Wird Amerika wirklich ruhig zusehen, wie China eine «force de frappe» aufbaut? Wird es für die USA nicht zu spät sein, das kommunistische China auszulöschen, wenn dieses tatsächlich in den Rang einer Atommacht aufgerückt sein wird, so wie es für Amerika auch zu spät war, die Sowjetunion zu erledigen, nachdem diese das amerikanische Atomwaffenmonopol gebrochen hatte?

Schon zweimal trat ja an die Vereinigten Staaten die Versuchung heran, China durch einen atomaren Gewaltschlag auf die Knie zu zwingen: im Koreakrieg und am Ende des Krieges um Indochina. Beidemale schreckte es vor dem Einsatz der Bombe nur aus Furcht zurück, die Sowjetunion könnte ihrerseits mit der Atombombe antworten, wenn ihr Verbündeter angegriffen würde. Wird aber die Versuchung, *vorbeugend* von ihren ungeheuren Kernwaffenvorräten gegen China Gebrauch zu machen, für die Vereinigten Staaten nicht

---

\* Selbst ein Kingsley Martin — der freilich immer stramm zu den Indern steht — bemerkt im «New Statesman» (12. 7. 1963): «Wir müssen in Sorge sein, daß die Chinesen, die von einem unvermeidlichen Angriff des Kapitalismus auf den Kommunismus reden und immer an die Überlegenheit alles Chinesischen glauben, eines Tages losschlagen auf Grund der Annahme, sie seien berechtigt, ihren Kommunismus der Welt aufzwingen zu dürfen.»

fast unwiderstehlich werden, wenn sie glauben, die Sowjetunion werde in ihrer bereits hochgesteigerten Feindseligkeit gegenüber China stillsitzen, sobald sich Amerika anschicke, mit den Pekinger Kommunisten endgültig abzurechnen? Die Neuyorker «Monthley Review» (Oktoberheft) hält es jedenfalls für durchaus möglich, daß in Amerika die Anhänger eines Präventivkrieges gegen den Weltkommunismus (man hat ihm in der letzten Zeit zwar andere, schöner klingende Namen gegeben) aufs neue Mut fassen würden, wenn das sowjetisch-chinesische Militärbündnis wirklich in die Brüche gehen sollte. «Befreundete Wissenschaftler, Männer, die unwandelbar gegen allen und jeden Einsatz von Kernwaffen sind, haben uns gesagt, nach ihrer wohlbelegten Meinung sei es nicht wirklichkeitsfremd, anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten darauf ausgehen, in absehbarer Zukunft Chinas Wirtschaft vollständig zusammenzuschlagen und seine militärische Schlagkraft zu zerstören. Das würde wahrscheinlich bedeuten, daß Japan und einige andere Nachbargebiete Chinas atomar schwer verseucht würden, aber die voraussichtlichen Wirkungen in den Vereinigten Staaten selber wären nicht ernst genug, um auf der Waagschale der militärischen Überlegungen eine Rolle zu spielen. Wenn das die Ansicht nüchterner nichtmilitärisch denkender Gelehrter ist, kann man sich leicht vorstellen, mit wie leuchtenden Farben die Präventivkrieger die Aussichten für eine schnelle atomare Lösung der aufs engste miteinander verbundenen Fragen der Macht Chinas und der sozialen Revolution in Asien ausmalen würden — und wahrscheinlich sogar bereits ausmalen.»

**Und die Russen?** Entscheidend bei allen solchen Erwägungen wird aber — wie schon angedeutet — die Haltung der *Sowjetunion* sein. Die «New York Times» sprach das vor kurzem (25. August) offen genug aus, wenn sie mit Bezug auf Süd-vietnam bemerkte: «Wären die Vereinigten Staaten sicher, daß Sowjetrußland das kommunistische China nicht unterstützen würde, falls es zu einer Kraftprobe in Südostasien käme, so wäre das strategische Problem für die Vereinigten Staaten ziemlich einfach. Aber die Sowjetpolitik in Südostasien war zweideutig, und trotz dem chinesisch-sowjetischen Zerwürfnis herrscht im Westen Unsicherheit über den Weg, den Moskau einschlagen würde, wenn die Vereinigten Staaten und die chinesischen Kommunisten aufeinanderprallen sollten.»

Nicht unerwähnt bleibe auch, was Stewart Alsop, einer der bekanntesten amerikanischen Journalisten, unlängst in der «Weltwoche» (23. Oktober) schrieb. Er hält es für ausgemacht, daß die amerikanische Regierung das Moskauer Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen auf mehr oder weniger gewaltsame Art auch den Chinesen aufzuzwingen versuchen werde, in einem Verfahren, das indessen nicht gefährlicher wäre als eine Mandeloperation. Den Chi-

nesen dürfe einfach nicht erlaubt werden, Atommacht zu werden — eine Ansicht, die auch Chruschtschew teile. «Er hat die Chinesen als ‚Verrückte‘ bezeichnet, weil sie einen Krieg wünschten . . . Das bedeutet nach Ansicht führender amerikanischer Regierungsbeamter, daß die Vereinigten Staaten die Maßnahmen ergreifen könnten, die sich als notwendig erweisen, um den ‚Verrückten‘ die Fähigkeit zur Auslösung eines Atomkrieges zu verwehren, ohne daß die USA dabei das Risiko eines Krieges mit der Sowjetunion laufen.»

Das mag heute noch etwas phantasievoll tönen; daß aber im amerikanischen Planungsstab derartige Spekulationen tatsächlich angestellt werden, darüber kann nach der ganzen Lage der Dinge kaum ein Zweifel herrschen: Die Chinesische Volksrepublik ist gegenwärtig für einen Kernwaffen besitzenden Gegner wirklich dermaßen verwundbar, daß hinter der Entschlossenheit der Vereinigten Staaten und ihrer Mitläufer (zu denen ja England in diesem Fall nicht gehört), sie nach wie vor von der Mitgliedschaft in der UNO, mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat, fernzuhalten, bestimmt eine weiterzielende Absicht steht. Um so dringlicher wird die Notwendigkeit, den sowjetisch-chinesischen Gegensatz sich nicht noch gefährlicher auswachsen zu lassen und statt dessen das alte Bündnis zwischen Moskau und Peking auf neuer Grundlage wiederherzustellen.

Man wird sagen, das sei ein frommer Wunsch, der nicht mit der schon viel zu weit gediehenen Verfeindung der beiden großen Ostmächte rechne und die Absicht der Russen, die Chinesen aus der Weltgemeinschaft der kommunistischen Parteien auszuschließen, nicht genügend ernst nehme. Wer will aber die Verantwortung dafür übernehmen, daß die anscheinend in Moskau wie in Washington erwogene «Mandeloperation» wirklich so gefahrlos wäre, wie man das heute anzunehmen geneigt ist? Zwingt nicht allein schon diese Unsicherheit die Führer der Sowjetunion dazu, die chinafeindliche Propaganda abzublasen? Die Sowjetunion hat es ja doch nicht nötig, das Schreckgespenst eines «verrückten» chinesischen Abenteuerertums an die Wand zu malen, um ihre Koexistenzpolitik durchzusetzen; sie findet dafür ohnehin stärkste und wachsende Unterstützung in der ganzen Welt. China andererseits hat keinen erkennbaren vernünftigen Grund, seinen Kampf gegen den sowjetischen «Reformismus» auf die Spitze zu treiben. Die sowjetisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten über den Weg zum Frieden und zur Überwindung des Kapitalismus und Imperialismus lassen sich gewiß nicht durch irgendeine billige Versöhnungsformel aus der Welt schaffen; sie sind da und müssen ausgetragen werden. Aber sie müssen und können ausgetragen werden, ohne daß darob die Zusammengehörigkeit der beiden großen, einem ähnlichen Ziel entgegenstrebenden Mächte zerbricht und der gemeinsame Gegner diesen Bruch ausnützt, um mit der «Unschädlichmachung» Chinas der sozialistischen Weltbewegung als Ganzer einen vielleicht tödlichen

Schlag zu versetzen. Sollte sich in den Führungskörpern der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik wirklich nicht genug Nüchternheit und klare Vernunft vorfinden, um das zu erkennen und daraus die gegebenen Folgerungen zu ziehen, bevor nichtwiedergutzumachendes Unheil geschieht?

**Entspannung?** Inzwischen hat man allerdings auch nicht den Eindruck, daß die west-östliche Entspannung, die durch das Moskauer Atomabkommen eingeleitet worden sein soll, große Fortschritte gemacht habe. Das mag zum Teil davon herrühren, daß die *Außenpolitik* der beteiligten Staaten in der nächsten Zeit stark von *innerpolitischen* Bedürfnissen und Vorgängen bestimmt sein wird. Die Landwirtschaftskrise in der *Sowjetunion* zum Beispiel und die Notwendigkeit, Getreide in westlichen Ländern zu kaufen, trägt wesentlich dazu bei, von Moskau aus ein politisches Klima zu erzeugen, das solchem West-Ost-Handel günstig wäre. Innerpolitische Notwendigkeiten, die vielfältigen Aufgaben, die der Aufbau einer durchsozialisierten und modernisierten Wirtschaft der Sowjetunion stellt, haben schon immer ihren Wunsch nach einer langen Friedenszeit bestimmt. Aber die Gefahr einer Hungersnot im kommenden Frühjahr, als Folge der Mißernten von Weizen und Mais in weiten Gebieten ihres Reiches, zwingt nun die Moskauer Regierung erst recht zum friedlichen Zusammenleben mit dem Westen. Das Gold, das zur Bezahlung von Getreideeinfuhren ins Ausland rollt, ist — nebenbei gesagt — auch entschieden besser angewendet, als wenn es für die Vorbereitung einer bemannten Mondfahrt mit ihren unheimlichen Kosten ausgegeben werden müßte; die Sowjetbevölkerung, die nach vermehrter Herstellung auch von industriellen Verbrauchsgütern verlangt, hat dafür gewiß volles Verständnis. Daß Chruschtschew dem orkanverwüsteten Kuba großzügige Lebensmittel- und Materialhilfe versprochen hat, nimmt sie ihm trotzdem bestimmt nicht übel — im Gegenteil.

Daß in den *Vereinigten Staaten* auch Außenpolitik immer mit dem Blick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen gemacht wird, weiß man nicht erst seit der vorjährigen Kubakrise. Je näher der November 1964 rückt, desto sorgsamer muß Kennedy jedenfalls bei seiner «Entspannungspolitik» auf seine Aussicht, wiedergewählt zu werden, Rücksicht nehmen. In *Großbritannien* steht ohnehin die ganze Politik schon seit Monaten im Zeichen der bevorstehenden Kraftprobe zwischen Konservativen und Labourpartei. Aber auch in *Westdeutschland* schießt man bei außenpolitischen Stellungnahmen immer auf die Neuwahlen von 1964. Und daß sich *de Gaulle* bei seinem Kampf für ein amerikafreies, dafür aber von Frankreich geführtes Westeuropa nicht zuletzt von dem Streben leiten läßt, sein autoritäres Präsidialregime zu festigen, das leidet vollends kaum einen Zweifel.

Schließlich wird in der nächsten Zeit die Außenpolitik *Italiens*

ebenfalls recht stark von seiner innerpolitischen Entwicklung beeinflußt werden. Die Sozialistische Partei steht ja im Begriff, nun auch in aller Form Regierungspartei zu werden. Ihr jüngster Parteitag in Rom hat ihrer Führung freie Hand gegeben, in die bisher von Christlichdemokraten, Sozialdemokraten und Republikanern gestellte Regierung einzutreten, statt sie nur von Fall zu Fall parlamentarisch zu unterstützen. Aber Pietro Nenni hätte kaum eine Mehrheit für diesen Beschluß bekommen, wenn er nicht der Linken in der Partei, ja auch der von Lombardi geführten Gruppe seiner eigenen Anhänger, gewisse Zugeständnisse in bezug auf die Politik gemacht hätte, die eine kommende Regierung der «linken Mitte» verfolgen müsse. Und unter diesen Zugeständnissen finden sich auch Richtlinien für die italienische Außenpolitik, die trotz Festhalten an der Mitgliedschaft im Westbund neutralistisch und abrüstungsfreundlich gefärbt sein soll. Wieweit sich ein derartiger Kurs — wenn es sich überhaupt um einen klaren Kurs handelt — innerhalb der bisher ausgesprochen westmächtig ausgerichteten Regierung durchsetzen wird, erscheint allerdings zweifelhaft. Wahrscheinlich wird die Sozialistische Partei Italiens immer mehr nach rechts rutschen und so das Schicksal der meisten sich noch sozialistisch heißenden Parteien Europas teilen, die besonders in der Außenpolitik eine durchaus bürgerlich-westmächtige Linie verfolgen.

Was die *Vereinigten Staaten* selbst betrifft, so ist an deren Entschlossenheit, den Kalten Krieg zu gewinnen, keinerlei Schwanken zu bemerken. Bei seinem letzten Besuch in der deutschen Bundesrepublik gab sich Staatssekretär Rusk neuerdings Mühe, das dort nie erlöschende Mißtrauen gegenüber den «wahren» Absichten Amerikas zu zerstreuen. «Die begrenzten Abkommen, die wir jüngst mit der Sowjetunion getroffen haben», so stellte er am 27. Oktober in Frankfurt fest, «bedeuten keinerlei Entspannung . . . Ohne Fortschritt in Richtung auf die Bereinigung kritischer politischer Streitfragen wie Berlin und die Teilung Deutschlands, Vietnam, Laos und Kuba kann es keine echte Entspannung geben.» In den Verhandlungen mit kommunistischen Staaten, versicherte Rusk, dürfe nichts geschehen, was den Anschein erwecken könnte, als setze Washington das Siegel der Zustimmung unter den Status quo. Also genau das, was die Westdeutschen immer sagen und von den Amerikanern hören wollen: daß die bestehende Machtverteilung und Grenzziehung im europäischen Osten und darüber hinaus, wie sie sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben hat, nicht als endgültig anerkannt werden dürfe, sondern zugunsten der «freien Welt» umgestürzt werden müsse . . .

Die «Operation Big Lift», die als «größtes Luftbeförderungsunternehmen der bisherigen Militärgeschichte» gefeiert wurde und tatsächlich gegen 16 000 amerikanische Soldaten in einer Rekordzeit aus Texas nach dem Rheinland brachte, unterstrich die Erklärungen des USA-Außenministers wirkungsvoll. Die tatsächliche militärische Be-

deutung dieser technischen Glanzleistung wird zwar auch in der Bundesrepublik vorsichtig bewertet. «In Mitteleuropa», so schrieb Adelbert Weinstein, der militärische Fachmann der «Frankfurter Allgemeinen» (23. 10.), «bestünde kaum Aussicht, daß eine im Lufttransport herangeworfene Division rechtzeitig und geordnet auf einem Kriegsschauplatz einträte . . . Doch eine Division, in der Luft herangebracht, kann möglicherweise in Asien militärisch entscheidend wirken . . . Der Lufttransport wird ‚nur‘ als Anzeichen der Entschlossenheit Amerikas gedeutet werden können. Eine solche strategische Operation kann ein Warnschuß sein. Wenn ‚Big Lift‘ als weitere Nuance in einer Strategie der Abschreckung gesehen werden kann, erfüllt die Übung ihren politischen Zweck.»

So wurde «Big Lift» besonders in Westdeutschland auch tatsächlich verstanden und gewürdigt. Und die Beharrlichkeit, mit der Präsident Kennedy aufs neue seinen Plan verfolgt, die Bundesrepublik an der Schaffung einer «vielseitigen» Atomstreitmacht im Rahmen der NATO zu beteiligen, dient gleichfalls ausgesprochen dem Zweck der Beschwichtigung westdeutscher Ängste wegen des Ernstes der amerikanischen Zuschlagsbereitschaft, würde doch die «Vielseitigkeit» dieser Streitmacht angesichts des britischen Widerstrebens lediglich in der Heranziehung Westdeutschlands zum Einsatz amerikanischer Polaris-Raketen von Überwasserschiffen aus bestehen.

**Erhard und Home** Nun ist ja freilich der allmählich doch auch in Westdeutschland unmöglich gewordene Konrad Adenauer endlich — mit allen Ehren natürlich — verabschiedet worden, der Mann also, der so entscheidend mitgeholfen hat, die Außenpolitik seines Landes auf das falsche Gleis zu schieben. Aber ob sein Nachfolger *Ludwig Erhard* es fertig bringen wird, die Weichen neu zu stellen und das drohende Unglück zu vermeiden, ja ob er auch nur daran denkt, es zu *wollen*, das ist doch mehr als zweifelhaft. Er wird gewiß in allerlei Angelegenheiten zweiten und dritten Ranges einem anderen Stil huldigen als sein Vorgänger, am ehesten wohl in der Wirtschaftspolitik (die sein Fach ist) und im Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in die er, im Gegensatz zu Adenauer, auch England bringen möchte. Aber von der unter seinem Vorgänger festgelegten Generallinie wird er um so weniger abweichen wollen, als Adenauer noch immer beträchtliche Machtstellungen innehat — besonders als Vorsitzender der maßgebenden Regierungspartei, der Christlich-Demokratischen Union — und schon dafür sorgen wird, daß der junge Mann, der jetzt große Politik macht, «ohne etwas davon zu verstehen» (wie der Altkanzler ganz offen gesagt hat), keinen Unfug treibt. Erhards Regierungsprogramm läßt jedenfalls keinerlei einschneidende Änderungen des bisherigen politischen Kurses erwarten. «Hätte er», so sagt Gerhard Gleißberg in der «Anderen Zeitung»

(24. 10.), «Folgerungen aus dem jetzt endlich publik gewordenen verfassungsbrecherischen Treiben der mit SS-Leuten durchsetzten bundesdeutschen Geheimdienste ziehen wollen, dann hätte er Maßnahmen zur Säuberung und Liquidierung dieser Geheimdienste ankündigen müssen. Er hat es nicht getan. Er hat im Gegenteil die Legalisierung dieser Verfassungsbrüche und das ‚Notstandsrecht‘ empfohlen. Hätte er dem Wunsch, daß der Kalte Krieg beendet werden möge, Glaubwürdigkeit geben wollen, dann hätte er nicht einseitig — und wahrheitswidrig — der Sowjetunion die Alleinschuld an ihm zuzuschieben versucht. Er hätte vor allem einen Beitrag der Bundesregierung zur internationalen und innerdeutschen Entspannung angeboten. Er tat es nicht. Er stellte für die Lösung der deutschen Frage und für jeden Schritt in dieser Richtung die gleichen Bedingungen, die bisher zur Behinderung und Torpedierung von Verhandlungsbemühungen und Verhandlungsfortschritten gedient haben — bis zu der Ablehnung jeder Maßnahme, mit der ‚eine Anerkennung oder auch nur eine internationale Aufwertung des Regimes der sowjetisch besetzten Zone‘ verbunden wäre. Er zeigte sich ungerührt und unbelehrt von der Blamage, die Bonn mit diesem ‚Argument‘ beim Moskauer Atomteststopp-Abkommen erlitten hat. Und fern davon, auch nur einen einzigen westdeutschen Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands anzubieten, schob Erhard den vier Mächten die Aufgabe zu, die ‚Deutschland- und Sicherheitsfrage‘ zu regeln und ein Gremium zu bilden, ‚das seine Funktionen bis zum Zeitpunkt einer endgültigen Friedensregelung ausüben würde‘.»

Einen wirklichen, wirksamen *Widerstand* gegen die neu-alte Politik Erhards gibt es eben in der Bonner Republik nicht. Die Sozialdemokratie, die sich gern als Oppositionspartei aufspielt, ist nur von dem einen Streben beherrscht, an die Regierung zu kommen und vorher die nächsten Wahlen zum Bundestag mit einem Programm zu gewinnen, das wohl in der Innen- und Sozialpolitik allerlei begrüßenswerte Reformen verspricht, aber in der Außen- und Militärpolitik so borniert nationalistisch und antikommunistisch ist wie dasjenige der gegenwärtigen Regierungsparteien. Welche Kurzsichtigkeit auch vom rein parteitaktischen Standpunkt aus! Denn wenn es richtig ist, was uns jüngere Westdeutsche sagen, daß sich nämlich unter der Decke der Gleichschaltung weitherum in der Bundesrepublik Kräfte regen, die einen echten Umschwung im ganzen politischen Betrieb wünschen, so hätte die Sozialdemokratische Partei doch die prächtigste Gelegenheit, als Bahnbrecherin eines solchen Umschwungs diese Kräfte zu sammeln und mit ihrer Hilfe ein neues Gesamtdeutschland zu schaffen, das seine geschichtliche, ja vorsehungsgemäße Aufgabe einer rettenden Brücke zwischen Ost und West erfüllen könnte. Es ist ein Jammer, daß an diese Aufgabe im heutigen Westdeutschland nur kleine Grüppchen glauben, die in der denkfaulen, gesättigten Masse des Wirtschaftswundervolkes keinen stärkeren Widerhall finden!

In *Großbritannien* steht es da immerhin besser. Die Konservativen, die sich in zwölfjähriger Machtausübung verbraucht haben, haben nun zwar den kranken Macmillan endgültig fallenlassen; aber daß sein Nachfolger Lord Home — der jetzt als bloßer Sir Alec Douglas-Home ins Unterhaus eingezogen ist — für sie die Lage retten werde, glauben sie im Ernst wohl selber nicht. Home ist dazu in keiner Art und Weise der Mann. Als großer Feudalherr aus altem schottischem Adelsgeschlecht, mit einem Grundbesitz von 36 000 Hektaren, lebt er, wie die «Peace News» (25. Oktober) schreiben, «in einer Vorstellungswelt, die ihn von den wirklichen Problemen der Welt fernhält». Seine politische Einstellung ist (nach dem gleichen Blatt) höchst einfach: «Großbritannien und der Westen (die 'freie Welt') bedeuten Frieden und Anstand, die Kommunisten Angriff, Spaltung und Tyrannei. Die Kolonialvölker sollten zur Unabhängigkeit in einem Tempo fortschreiten, das von den anständigen Nationen der Welt bestimmt wird; wollen sie schneller vorankommen, so brechen sie damit den Weltfrieden.» Kein Wunder, daß Sir Alec gut Freund mit Salazar von Portugal ist und die warmen Glückwünsche von Dr. Verwoerds südafrikanischer Herrenrassenpartei bekommen hat, die ihn als «gemäßigten und verständigen Führer» begrüßte, «der mit seiner Kenntnis von Afrika und seinem Verständnis für die südafrikanischen Probleme günstige Aussichten für die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und Südafrika bietet». Da Home seinerzeit auch an der Münchner Kapitulation Chamberlains vor Hitler beteiligt war und den Suezkrieg unterstützte, ist er unzweifelhaft gerade der richtige Mann am richtigen Platz, um in England die Führung eines «harten» Kurses gegenüber allen revolutionären Kräften in der Welt zu gewährleisten. Und dieser Erzkonservative soll England durch die technisch-wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen hindurchsteuern, die ihm bevorstehen!

Man darf überzeugt sein, daß sich die Mehrheit des britischen Volkes gegen eine Zukunft auflehnt, wie sie ihm unter Homes Führung droht. Sie wird, wenn nicht eine internationale Krise dazwischentritt, die Labourpartei wieder an die Regierung bringen, die zwar keine durchgreifende Sozialisierung der britischen Wirtschaft beabsichtigt, aber doch Kräfte entbinden wird, die England aus seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zurückgebliebenheit herauszubringen versprechen. Ob eine Regierung Wilson auch in der Außenpolitik eine Wendung des bisherigen westmächtlichen Kurses durchsetzen wird und will, bleibt allerdings sehr fraglich. Wilson wird immer vorsichtiger in seinen Äußerungen besonders gegenüber dem westdeutschen Abenteuerertum und scheint viel zu sehr auf Herrn Willy Brandt zu hören, den er offenbar als künftigen Kanzler der Bundesrepublik ansieht. Man darf aber wohl dennoch hoffen, daß er die gefährlichsten Schachzüge der Westblockführer nicht mitmachen und — beispielsweise in der Frage der Atomrüstung und einer atomwaffenfreien Zone

in Mitteleuropa — eher einer Politik das Wort reden wird, die vom Kalten Krieg wegführt.

**Der Umschwung in Südvietnam** Im südostasiatischen Abschnitt des weltweiten Kriegsschauplatzes, auf dem zwei sich ausschließende Gesellschaftsformen aufeinanderstoßen, hat sich inzwischen ein dramatischer Szenenwechsel vollzogen. Ein militärischer Staatsstreich hat das Regime des Präsidenten Ngo Dinh Diem in *Südvietnam* gestürzt. Diem selber und sein Bruder Nhu sind dabei getötet worden. Es liegt auf der Hand, daß der amerikanische Geheimdienst (der viel mehr ist als ein Spionagenetz: eine unterirdische Kampforganisation, die verleugnet werden kann, wenn es schief geht, wie beim ersten Angriff auf Kuba) dabei mitgewirkt oder zum mindesten tüchtig vorgearbeitet hat. Die Vereinigten Staaten sind durch den raschen Sieg der Armeerebellen tatsächlich eine schwere Belastung losgeworden. Präsident Kennedy hat seinen Militärführern wohl «grünes Licht» für den erbarmungslosen Kampf gegen die in Bausch und Bogen als Kommunisten bezeichneten Widerstandskämpfer gegeben, die den Aufstand eines wesentlichen Teiles des südvietnamesischen Bauernvolkes gegen das verderbte und diktatorische Regiment der Familie Ngo Dinh ausgelöst haben. Er mußte aber immer deutlicher sehen, daß dieses Gewaltregiment selbst das stärkste Hemmnis für den Sieg der «Sache der Freiheit» in Südvietnam darstellte. Auf zwei Fronten — gegen die «Kommunisten» und gegen die Ngo Dinh — konnte Washington auf die Länge nicht kämpfen. Aber wie mit der Sippe des Präsidenten fertig werden, ohne den Krieg gegen den Vietcong zu gefährden?

Aus diesem Zwiespalt hat der Militärputsch die USA-Regierung befreit. Die Bahn für die Niederwerfung der «Roten», die im Süden des Landes, im Mekong-Delta, ihre stärksten Stellungen haben, sei nun frei — so ist man wenigstens in Washington überzeugt. «Es scheinen keinerlei Zweifel darüber zu bestehen, daß die neuen Herren, die man gut kennt — zum Teil gingen sie in amerikanische Offiziersschulen — diese Aufgabe (den Vietcong zu besiegen) energisch an die Hand nehmen werden» («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 4489). Aber ist die Aufgabe wirklich lösbar? Man hat in Washington jahrelang auch geglaubt, durch Einsatz von Militär und massive Geldhilfe das unabhängig gewordene Laos fest in die Hände zu bekommen — mit scheinbarem Erfolg zuerst, schließlich aber mit fast vollkommenem Mißerfolg. Sollte es in Südvietnam anders gehen? Aus dem Zerfall des französischen Kolonialreiches in Südostasien hervorgegangen, wird auch Südvietnam, wie der nördliche Landesteil, wie Laos und Kambodscha, wirkliche Unabhängigkeit zu erlangen streben und nicht einfach die Franzosen als «Schutzherren» mit den Amerikanern vertauschen wollen. Werden sich die neuen Herren in Saigon, auf die man

in Washington so sehr vertraut, auf die Länge wirklich gegen die nationale Unabhängigkeitsbewegung behaupten können, die so eng mit dem wirtschaftlich-sozialen Freiheitskampf des südvietnamesischen Volkes verbunden ist? Werden die 16 000 Amerikaner, die in Südvietnam stehen, gegen einen Vietcong siegreich bleiben, der sich auf lebendigste und tatkräftigste Volkskräfte stützt?

Es ist bezeichnend, was darüber ein amerikanischer Beobachter in «US News & World Report» (7. 10.) schreibt. Er redet natürlich immer von «Roten» und «Kommunisten», die den Aufstand angezettelt hätten, fragt sich aber doch, warum die Vereinigten Staaten mit all ihrer Militär- und Geldmacht — sie haben in den Vietnam-Krieg schon mehr als drei Milliarden Dollar, rund 13 000 Millionen Franken, hineingesteckt — bisher einfach nicht gegen einen unverhältnismäßig schwachen Gegner aufzukommen vermochten. Seine Antwort ist: Die Kämpfer des Vietcong mögen schlecht bewaffnet, zerlumpt und hungrig sein, ohne Lastwagen, Flugzeuge, Tanks und schwere Artillerie. Aber sie haben zweierlei: einen zähen Kampfwillen mit strengster Mannszucht und planvoll-verständiger Strategie und Taktik sowie die Unterstützung breiter Schichten des südvietnamesischen Landvolkes, möge sie auch bis zu einem gewissen Grad gewaltsam erzwungen sein. In den Gebieten, die sie beherrschen, zum Teil schon seit Jahren, haben sie soziale und wirtschaftliche Reformen durchgeführt, Schulen eingerichtet und einen zuverlässigen Kern von Kleinkriegsspezialisten geschaffen, von denen fünf bis zehn Prozent in Nordvietnam ausgebildet werden. Der Vietcong geht nicht auf zerschmetternde Siege aus, sondern auf die Zermürbung der Regierungstruppen und auf die fortschreitende Gewinnung der ganzen Bevölkerung, auch wenn der Kampf noch jahrelang dauern sollte. Die Verluste der Aufständischen mögen schwer sein — für die ersten sechs Monate dieses Jahres werden sie auf 14 000 Tote, Verwundete und Gefangene geschätzt —, werden aber immer wieder durch neuen Zuzug wettgemacht; die Kader werden besonders aus Nordvietnam wiederaufgefüllt. An Waffen, Munition, Radios usw. fehlt es ihnen trotz allem auch nicht; an die neuen amerikanischen Waffen und Kampfverfahren passen sie sich erstaunlich schnell an. Die vom Vietcong abspringenden Kämpfer haben verhältnismäßig wenig Wert.

So weit der amerikanische Berichterstatter. Werden die aufs modernste ausgerüsteten USA-Streitkräfte, die vor den schmutzigsten Kampfmitteln (Napalm und dergleichen) nicht zurückschrecken und auch nicht über völkerrechtliche Zwirnsfäden stolpern, über einen Gegner Herr werden, wie er ihn schildert? Und wird die neue, amerikafreundliche Regierung diejenige soziale Umgestaltung Südvietnams durchzusetzen verstehen, die allein imstande wäre, dem Vietcong das Wasser abzugraben? Oder wird nicht im südvietnamesischen Volk die Bewegung durchbrechen, die gemäß dem Genfer Vertrag von 1954

die Vereinigung mit Nordvietnam erstrebt, wo diese Umgestaltung schon seit Jahren Tatsache ist? Man wird sehen.

**Algeriens doppelter Kampf** Am Schluß der letzten Weltrundschau haben wir noch kurz auf die schwierige Lage hingewiesen, in der sich das neue *Algerien* angesichts der Notwendigkeit befindet, seine durch den vieljährigen Unabhängigkeitskrieg und die Massenabwanderung der Franzosen völlig zerrüttete Wirtschaft in sozialistischem Geist von Grund auf zu erneuern. Inzwischen ist der junge Staat durch einen plötzlich aufgeflamnten Grenzkrieg mit *Marokko* auch von außen her hart bedrängt worden. Die Kämpfe in der Sahara sind zwar durch einen Waffenstillstand, den besonders der Kaiser von Äthiopien und der Präsident von Mali vermittelt haben, vorläufig beendet worden; aber es ist nicht nur der Umstand, daß die Grenze zwischen den beiden arabischen Ländern niemals genau festgelegt wurde, der die künftigen Verhandlungen über eine beidseitig anzuerkennende Grenzlinie von vornherein erschwert. Viel wichtiger erscheint der *politisch-soziale Gegensatz*, der die Beziehungen der beiden von Frankreich unabhängig gewordenen Staaten belastet. Algerien ist ja — wie gesagt — auf dem Weg, eine eigentliche sozialistische Revolution durchzuführen; Marokko hingegen ist ein absolutistischer Feudalstaat geblieben, dessen Herrscher, König Hassan, gehofft hat, durch seine militärisch unterstrichenen Gebietsansprüche an Algerien dem östlichen Nachbarn derartige Schwierigkeiten zu schaffen, daß dessen neues Regime keine Gefahr mehr für den Bestand seines eigenen Regiments bilden könne. Dieser Gegensatz vor allem ist es, der früher oder später ausgetragen werden muß; und Voraussetzung dafür ist, von Algerien her gesehen, daß das soziale Auf- und Umbauwerk, auf das sich Ben Bella festgelegt hat, auch wirklich gelingt und die gefährliche Krise überwunden wird, in die es jetzt geraten ist.

In ihrem Mittelpunkt steht die *Agrarfrage*. Wie Andrew Goodenough im «New Statesman» (25. Oktober) sachkundig darlegt, war die algerisch-französische Landwirtschaft bis 1960 erstklassig organisiert und warf höchste Erträge ab. Davon floßen freilich alljährlich Summen in der Höhe von 115 Millionen Schweizer Franken in die Taschen der 20 000 französischen Siedler, während sich das jährliche Durchschnittseinkommen der Algerier selbst auf ganze 38 bis 50 Franken belief. Das hieß, daß zunächst immerhin etwa 10 Prozent des Volkseinkommens nach dem Abzug der Franzosen hätten in die algerische Wirtschaft gepumpt werden können, ohne daß die Arbeiter hätten irgendwelche Opfer bringen müssen. «Erinnern wir uns», so schreibt Goodenough, «daß die Franzosen bereit waren, bis 1965 Zuschüsse in der Höhe von mindestens 750 bis 810 Millionen Schweizer Franken im Jahr zu leisten, und daß auch beträchtliche amerikanische Hilfe in Aussicht stand, so durfte Algerien als eines der am günstig-

sten gestellten und verheißungsvollsten unter den neuerdings unabhängig gewordenen Kolonialgebieten betrachtet werden.»

Die Regierung Ben Bella zeigte denn auch anfangs Verständnis für die besondere Lage der algerischen Landwirtschaft und ging recht vorsichtig an deren Nationalisierung heran, unter Aufrechterhaltung der technisch so leistungsfähigen Großgüter, die unter zentraler Leitung von den Landarbeitern selbst betrieben werden sollten. Daneben blieben 7 Millionen Acres Land im Besitz der Siedler selbst, die aber unter dem Druck einer radikalistischen Agitation durch rasch aufeinanderfolgende Verfügungen enteignet wurden. Für die 1500 sozialisierten Großgüter mit je 2700 bis 3000 Acres (ein Acre = 40 Aren) standen zudem nur 1200 geschulte leitende Arbeitskräfte zur Verfügung, von denen nur 300 bis 400 mehr als ein Jahr lang ausgebildet worden waren. Die Folgen waren und sind verheerend. Wieweit die heurige Ernte eingebracht werden konnte, weiß kein Mensch. Der ganze Aufbau der Landwirtschaft ist ins Wanken gekommen. Die technische Schulung der Bevölkerung steht erst in den Anfängen. Die sozialen Aufgaben aber — Arbeitsbeschaffung, Fürsorge für Kriegswitwen und -waisen, Ausführung öffentlicher Arbeiten — wie die so dringend nötige Ausdehnung der Volksbildung bleiben fast gänzlich stecken. Die alte gesellschaftliche Schichtung Algeriens besteht fast unverändert weiter.

Ben Bella, der offenbar fähigste unter den algerischen Führern, steht vor einer ganz schweren Aufgabe. Um die Unzufriedenheit der notleidenden Massen zu beschwichtigen, überstürzte er die Enteignung der französischen Siedler; aber dieser Beweis seines «sozialistischen Willens» droht die Volksnöte nur noch weiter zu verschärfen. Noch ist nach dem Urteil des genannten englischen Beobachters kein dauernder Schaden entstanden. Aber wenn es der Regierung nicht bald gelingt, eine einheitlich geplante Wirtschaft in Gang zu setzen, öffentliche Arbeiten zu organisieren, technische Schulung ins Volk zu tragen und alle bereits verfügbaren technischen Kenntnisse nutzbar zu machen, wird nicht nur die algerische Landwirtschaft zerfallen, sondern auch die soziale Umgestaltung des Landes gelähmt werden. Zwangsmaßnahmen, wie sie Ende der zwanziger Jahre in der Sowjetunion ergriffen werden mußten, um die Mittel für den Aufbau einer leistungsfähigen Volkswirtschaft zusammenzubringen, werden dann auch in Algerien unvermeidlich werden, sofern Ben Bella nicht wirksame und umfassende Hilfe von außen bekommt. Gibt es so viel menschliche und politische Solidarität in der heutigen Welt, daß solche Hilfe rechtzeitig zustande kommt? Es wäre Großes für die Emporhebung *aller* unterentwickelten, ehemals kolonial ausgebeuteten Länder geleistet, wenn Algerien in seinem schweren Daseinskampf rasche internationale Hilfe fände.

8. November.

Hugo Kramer